

Herausforderungen und Perspektiven der Diakonie im vereinten Europa

Die Aktualität der Bratislava-Erklärung von 1994 für die Diakonie

Christian Oelschlägel

Die internationale Dimension diakonischen Handelns hat schon lange eine besondere Relevanz. Auch im wissenschaftlichen Bereich spielte die europäische Dimension am Diakoniewissenschaftlichen Institut in Heidelberg durch Theodor Strohm eine herausragende Rolle. Insbesondere unter den jüngeren Generationen ist Europa eine fest etablierte Größe. Wie kaum zuvor haben viele von der europäischen Freizügigkeit profitiert: Auslandsstudien und Austauschsemester sind selbstverständlich geworden, Reisen erfolgen (in der Regel) ohne Binnengrenzkontrollen, und dank EU-weiten Roamings ist der Mobilfunkzugang grenzüberschreitend nahtlos möglich. Dass diese Wahrnehmung Europas als selbstverständlich und überwiegend positiv besetzt längst nicht selbstverständlich ist, darauf hat vor fast genau zehn Jahren Prof. Dr. Udo Krolzik am Institut für Diakoniewissenschaft und Diakoniemanagement hingewiesen. Er sprach damals in Brüssel vor der Internationalen Konferenz theologischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Diakonie über Herausforderungen, Risiken und Chancen, die sich für die Diakonie im europäischen Horizont ergeben. In seinem Beitrag hat er daran erinnert, dass die diakoniewissenschaftlich-theologische Beschäftigung mit Europa noch relativ jung ist. Noch 1991 habe eine Studie der Prognos AG festgestellt, „dass Europa für die Wohlfahrtsverbände und damit auch für die Diakonie noch kein Thema“¹ sei. 1996 stellte ein Gutachten „Zur Auswirkung des Europäischen Gemeinschaftsrechts für die mitgliedstaatliche Förderung sozialer Dienstleistungen im Bereich der Freien Wohlfahrtspflege NRW“ fest, dass die sozialen Dienstleistungen noch nicht vom EG-Recht erfasst seien und auch künftig nicht so schnell davon erfasst würden.²

Neben dieser Wahrnehmung begann in den 1990er Jahren aber auch eine intensive Auseinandersetzung mit der Frage, welche Herausforderungen sich für die Diakonie in Europa ergeben. In dieser Zeit sind zahlreiche Publikationen entstanden, die den Einfluss Europas auf die Diakonie bzw. die Rolle der Diakonie in Europa reflektierten. Viele dieser Arbeiten stellen fest, dass Europa zukünftig mehr und immer schneller auf die Freie Wohlfahrtspflege und damit auch auf die Diakonie Einfluss nimmt und so zu einer zentralen Herausforderung für die Diakonie geworden ist. Wesentlich für diese veränderte

¹ Udo Krolzik, *Theologie der Diakonie im europäischen Horizont*, Brüssel 2014, 1.

² Vgl. Knut Ipsen, *Soziale Dienstleistungen und EG-Recht. Auswirkungen des Europäischen Gemeinschaftsrechts auf die mitgliedstaatliche Förderung sozialer Dienstleistungen im Bereich der Freien Wohlfahrtspflege*, Berlin 1997.

Wahrnehmung war, so analysiert es Udo Krolzik, „die Erfahrung, dass die Ökonomieorientierung der Europäischen Union zunehmend auch die nationale Sozialpolitik bestimmt. Eine Erfahrung, die Ende 1997/Anfang 1998 mit den Maßnahmen der nationalen Regierungen zur Erfüllung der im Maastrichter Vertrag festgelegten Konvergenzkriterien für die Wirtschafts- und Währungsunion verbunden war: Der Haushaltsgürtel – und das hieß vor allen Dingen der soziale Gürtel – wurde enger geschnallt“.³ Die zunehmende europäische Einflussnahme auf die nationale Sozialpolitik wurde insbesondere durch den Vertrag von Amsterdam, der im Oktober 1997 unterzeichnet wurde, verstärkt. In diesem Vertrag ist nämlich auch ein Mandat der Europäischen Gemeinschaft für die soziale Sicherheit und den sozialen Schutz der Arbeitnehmer*innen enthalten.

Auch theologisch wurde in dieser Zeit die Rolle der (protestantischen) Religion bei der Entstehung einer sozialen Ordnung reflektiert. Man erinnere sich exemplarisch an die Arbeiten von Theodor Strohm, Michael Klein und anderen, die deutlich gemacht haben, dass das Ringen um eine, den Nöten der Menschen gerecht werdende, soziale Ordnung zu den Grundkonstanten der europäischen Geschichte gehört. Die Herausforderungen in der Frühen Neuzeit haben nicht nur eine lebendige – Grenzen und konfessionelle Strömungen überschreitende – Debatte über die notwendigen und ethisch vertretbaren Lösungen hervorgerufen, sondern haben zugleich auch überall in Europa praktische Bemühungen um tragbare soziale Ordnungen hervorgebracht.

In den letzten Jahren ist es diakoniewissenschaftlich, zumindest mit Blick auf wissenschaftliche Publikationen, wieder etwas ruhiger um das Thema Europa geworden. Zwar wird der Einfluss mit Blick auf einzelne Handlungsfelder weiter thematisiert, gerade auch im Hinblick auf die Umsetzung der EU-Vergaberichtlinie oder die Auswirkungen europäischen Rechts auf das kirchliche Arbeitsrecht in Deutschland. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das Urteil des EuGH vom 17. April 2018 im Vorabentscheidungsersuchen des Bundesarbeitsgerichts in der Rechtssache C-414/16, Vera Egenberger gegen Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V. Zumindest in der grundlegenden Reflexion sind es nur wenige Titel aus den letzten zehn Jahren, die beispielsweise im Index Theologicus (IxTheo), einer umfassenden internationalen Bibliografie für Theologie und Religionswissenschaft, verzeichnet sind. Im Hinblick auf die wissenschaftliche Zusammenarbeit hat sich jedoch gerade mit den forschungsstarken skandinavischen Hochschulen, aber auch im deutschsprachigen Raum, die Zusammenarbeit deutlich intensiviert. Es ist deutlich, dass wir diesen Austausch brauchen. Insofern ist das diesjährige Tagungsthema der Internationalen Konferenz Theologischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Diakonie ein Schritt in diese Richtung gemeinsamer Überlegungen zur Bedeutung Europas für die Diakonie. Das Tagungsthema steht in einer guten Tradition des internationalen Austauschs im konfessionellen Kontext. Vom 13. bis 18. Oktober 1994, also

³ Udo Krolzik, *Theologie der Diakonie im europäischen Horizont*, Brüssel 2014, 2.

vor nahezu genau 30 Jahren, fand in Bratislava/Slowenien eine Konsultation statt, an der Vertreter*innen der europäischen Kirchen aus 26 Ländern teilnahmen, die die diakonische Verpflichtung in vielfältigen Handlungsbereichen diskutierten. Die Konsultation war durch die Konferenz Europäischer Kirchen einberufen und in Zusammenarbeit mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen sowie mit EURODIAKONIA bzw. dem Europäischen Verband für Diakonie vorbereitet worden. Die dort entstandene Erklärung, die sog. Bratislava-Erklärung, bezieht sich kritisch und konstruktiv auf die kulturelle Tradition Europas. Sie sieht Diakonie gefordert, an einer Vision für Europa mitzuarbeiten, die über das Wirtschaftswachstum hinausgeht und sich auf den Prinzipien des Miteinanderteilens, der Partizipation und der Respektierung von Verschiedenheit gründet. Menschenrechtsorientierung, Demokratie und partnerschaftliche Zusammenarbeit gelten als Basis diakonischen Wirkens.

„Unsere Zukunftsvision für Europa ist gekennzeichnet durch Offenheit gegenüber der übrigen Welt und durch die Beseitigung von tiefgreifenden wirtschaftlichen Spaltungen, Rassismus und Diskriminierung und durch die Schaffung gleichberechtigter Chancen und Behandlung von Menschengruppen, die zur Zeit ausgeschlossen werden. Es ist eine Vision tragfähiger Gemeinschaften, die sich durch Nachbarschaftsgeist, Miteinander-Teilen und Sorge um den Menschen und die Umwelt auszeichnen. Diakonie ist dazu berufen, in Zusammenarbeit mit anderen zur Verwirklichung dieser Vision beizutragen.“⁴

Diese programmatische Vision hat auch 30 Jahre später nichts von ihrer Aktualität verloren. Und die Re-lecture der Erklärung soll zum Anlass dienen, über heutige Herausforderungen und Chancen der Diakonie nachzudenken.

Damals wurde deutlich: Diakonie braucht Europa

In den Jahren nach der Bratislava-Konferenz wurde – insbesondere um die Jahrtausendwende – in Wissenschaft und Politik intensiv über die Zukunft des europäischen Sozialmodells diskutiert. Schon damals zeigte ein Vergleich der verschiedenen Sozialsysteme, wie ihn beispielsweise Gøsta Esping-Andersen⁵ prominent vorgelegt hat, dass sich in Europa unterschiedliche Ausprägungen des Sozialmodells finden. Dazu zählt zum einen das liberale angelsächsische Modell, das lediglich bedarfsgeprüfte Leistungen seitens des Staates vorsieht, während der bzw. die Einzelne ansonsten verpflichtet ist, sich Versorgungsleistungen am Markt zu verschaffen. Daneben existieren ein konservatives kontinentaleuropäisches Modell, das die Versorgung der Bevölkerung durch eine staatlich geregelte Sozialversicherung nach

⁴ Konferenz Europäischer Kirchen, Die Bratislava-Erklärung – Auf dem Weg zu einer Vision von Diakonie in Europa. Eine Einladung zur Teilnahme an dem Prozeß des Handelns und Nachdenkens, in: Theodor Strohm (Hg.): Diakonie in Europa. Ein internationaler und ökumenischer Forschungsaustausch, VDWI 8, Heidelberg 1997, 510-515: 512.

⁵ Vgl. Gøsta Esping-Andersen, The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge 1990.

Beitragssätzen gewährleistet, sowie ein sozialdemokratisch-skandinavisches Modell, das auf einer durch Steuern finanzierten Sozialbürgerschaft basiert. Der Soziologe Heinz Bude hat rückblickend festgestellt, dass europäische Sozialmodelle – in welcher Variante auch immer – in gesellschaftlichen Kontexten entstanden sind, die sich von heutigen Herausforderungen deutlich unterscheiden und „ohne Kriege, ohne Klimawandel, ohne Migration, ohne Finanzmarktkrisen und ohne Arbeitskraftmangel gedacht war[en]. In Dänemark macht der Sozialstaat die Schotten dicht gegen versorgungsintensive Zuwanderung; das Großbritannien von Tony Blair ist dem Irrtum erlegen, dass im Kapitalismus der Zukunft die Werte von einer deindustrialisierten Dienstleistungsgesellschaft mit einem fetten finanzindustriellen Komplex in der Londoner City erzeugt werden; und Deutschland merkt, dass Russlands Krieg in der Ukraine die Strategie einer großen sozialökologischen Transformation mit dem Gas als Übergangstechnologie zur Klimaneutralität zunichte gemacht hat. Und allen europäischen Dienstleistungsgesellschaften sind die Dienstleister*innen ausgegangen.“⁶

Die europäischen Gesellschaften und Staaten stehen vor großen Herausforderungen, aber auch die Europäische Union selbst polarisiert. In verschiedenen EU-Mitgliedstaaten nimmt der Euroskeptizismus zu. Weniger als die Hälfte der Bevölkerung hält die EU für „eine gute Sache“. Zudem zeigt eine Befragung, dass ein höheres Nicht-Vertrauen als Vertrauen in die EU und ihre Institutionen besteht, wie die folgende Statistik ersichtlich macht:



Abbildung 1: Mathias Brandt, Vertrauen Sie der der EU? 2024.

⁶ Heinz Bude, Das Europa der gemeinsamen Probleme, 2024.

Und die gegenwärtigen Herausforderungen sind immens, was sich exemplarisch an der EU zeigt:

- Wie lässt sich das Gemeinsame Europäische Asylsystem solidarisch gestalten?
- Wie können neben den Klimaschutzziele auch das europäische Ziel zur Bekämpfung von Armut in der Umsetzung des Green Deals berücksichtigt werden? Wie können also Ökologisches und Soziales in der Umsetzung des Green Deals zusammengedacht werden?
- Wie kann die Europäische Säule sozialer Rechte (ESSR) konsequent umgesetzt werden?

Gerade die zentralen Elemente der Vision, die 1994 in der Bratislava-Erklärung formuliert wurden – die Offenheit der Gesellschaft, Beseitigung von Spaltungen, Rassismus und Diskriminierung, Gleichbehandlung bisher ausgeschlossener Menschengruppen – sind momentan unter Druck. Vor allem nach den Wahlen der letzten Monate in Deutschland, die Europawahl im Juni 2024 oder den Landtagswahlen in einigen Bundesländern im September 2024, aber auch in anderen europäischen Staaten, in Zeiten, in denen „man zwischen nationalistischem und europäischem Geist herumhampelt“⁷, wie es die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth in ihrer Rede am 03. Oktober 2024 zum Tag der Deutschen Einheit formuliert hat, sollen die aus meiner Sicht grundlegende Herausforderung unserer Gesellschaften durch den zunehmenden Populismus in Europa fokussiert werden.

Ich sehe darin eine grundlegende Anfrage an demokratische Gesellschaften und zugleich an das europäische Projekt – eine Herausforderung, die auch die Diakonie in besonderer Weise betrifft. Den zunehmenden Rechtspopulismus hat die Diakonie als zentrale Herausforderung erkannt und dazu in verschiedenen Dokumenten, etwa in der Handreichung zum Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, Stellung bezogen.⁸ Darauf werde ich später exemplarisch eingehen. Dies betrifft zunächst einmal den Umgang mit rechtspopulistischen Äußerungen und Einstellungen im diakonischen Alltag. Rechtspopulismus betrifft nicht nur „die Anderen“, sondern auch Mitarbeitende und Klient*innen der Diakonie selbst. Zum anderen geht es um den politischen Auftrag der Diakonie, sich an der Gestaltung der Gesellschaft aktiv einzusetzen. Um mögliche Reaktionen auf den Trend zum Rechtspopulismus zu entwickeln und zu beurteilen, ist es m.E. hilfreich, sich zunächst mit dem Phänomen des Rechtspopulismus zu befassen.

Das Phänomen Rechtspopulismus

Nicht erst seit den Nationalratswahlen im September 2024 in Österreich sowie in einigen Bundesländern (Brandenburg, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern) wird intensiv über

⁷ Marvin Zubrod, Demokratie ist nicht gottgegeben, 2024, 8.

⁸ Vgl. Diakonie Deutschland, Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Eine Handreichung für die Diakonie, Berlin 2024.

das Phänomen des Rechtspopulismus diskutiert und seine potenzielle Gefahr für die Demokratie thematisiert.

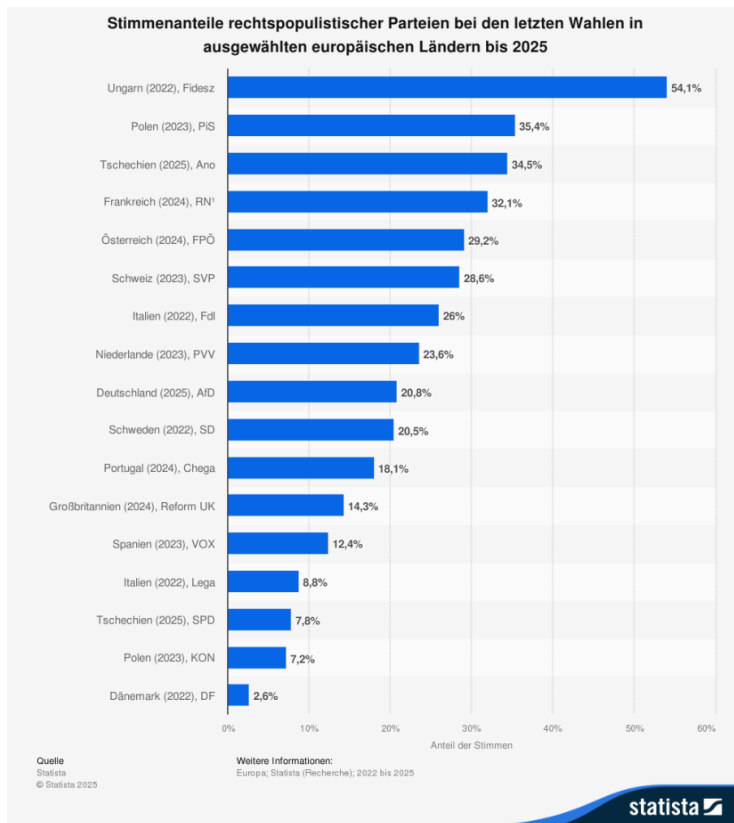


Abbildung 2: Statista, Stimmenanteile rechtspopulistischer Parteien bei den letzten Wahlen in ausgewählten europäischen Ländern bis 2025, 2025.

Auch in anderen europäischen Ländern ist ein deutlich zunehmender Populismus feststellbar, der sich in Wahlergebnissen widerspiegelt, wie die folgende Karte repräsentiert:

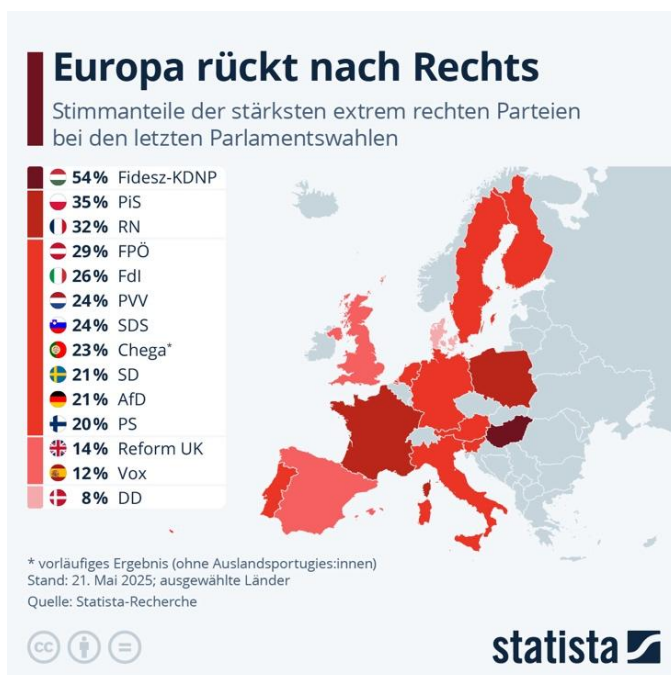


Abbildung 3: René Bocksch, Wie stark ist die extrem Rechte in Europa, 2025.

Es ist feststellbar, dass sich rechtspopulistische Parteien in Europa nicht nur als Oppositionsparteien etabliert haben, sondern auch in einigen Ländern die Regierung bilden oder an dieser beteiligt sind. Diese Entwicklung ist bereits seit mehreren Legislaturperioden in Ungarn zu beobachten, wo die Fidesz-Partei unter Viktor Orbán die Regierung stellt. Auch in Italien zeigt sich ein solches Bild, wo derzeit zwei rechtspopulistische Parteien, die Lega Nord und Forza Italia, mit der postfaschistischen Partei Fratelli d'Italia von Giorgia Meloni koalieren. Die Niederlande sind seit über 20 Jahren mit rechtspopulistischen Parteien konfrontiert. Bei den Wahlen 2023 hat schließlich mit Geert Wilders „Partij voor de Vrijheid“ erstmals eine rechtsradikale Partei die Parlamentswahl gewonnen. Auch die nur knapp abgewählten Präsidenten Jair Bolsonaro in Brasilien und Donald Trump in den USA sind noch in Erinnerung. Entgegen den Prognosen, die im Juni und Juli veröffentlicht wurden, ist Marine Le Pen (Rassemblement National) zwar nur drittstärkste Kraft in der Nationalversammlung, jedoch ist dies als umstritten zu betrachten. In den USA hat Donald Trump im November 2024 die Präsidentschaftswahl gewonnen. In Deutschland hat sich die „Alternative für Deutschland“ (AfD) in ganz Deutschland inzwischen etabliert. Dennoch lässt sich feststellen, dass eine stärkere Etablierung in den östlichen Bundesländern als in den westlichen Bundesländern zu verzeichnen ist. Insgesamt lässt sich institutionell und kulturell eine „Normalisierung“ des Rechtspopulismus beobachten.⁹

Im Folgenden wird auf eine Analyse von Paula Diehl zurückgegriffen. Als Professorin für Politische Theorie, Ideengeschichte und Politische Kultur an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel hat sie sich in mehreren Forschungsverbünden, auch mit Kolleg*innen meiner Bielefelder Fakultät, mit dem Thema Rechtspopulismus beschäftigt.¹⁰ Der Begriff „Rechtspopulismus“ bezeichnet ihrer Definition nach eine politische Ideologie, die Elemente des Populismus mit rechtsextremen Vorstellungen verbindet.¹¹ Dabei ist zunächst zu fragen, wo die Grenzen zum Rechtsextremismus verlaufen und welche Auswirkungen dies auf die Demokratie hat. Diese Klärung ist insofern notwendig, als auch nicht einfach, weil der Begriff „einerseits als medial verbreitetes und für unterschiedliche politische Phänomene genutztes Etikett und andererseits als politischer Kampfbegriff und/oder negativ konnotiertes Etikett, meist gegen die (partei-) politische Konkurrenz gerichtet, wahrgenommen“¹² wird.

Die internationale Rechtspopulismusforschung hat nach den wegweisenden Arbeiten von Cas Mudde¹³ seit der Jahrtausendwende einen enormen Aufschwung erfahren.¹⁴

⁹ Vgl. Paula Diehl, Ist das schon normal? Zur Gewöhnung an rechtsradikales Denken, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte 12/2022. URL: <https://www.frankfurter-hefte.de/artikel/ist-das-schon-normal-3565/>

¹⁰ Cooperation Group 'Normalizing the far right', <https://www.uni-bielefeld.de/einrichtungen/zif/groups/previous/normalizing/>.

¹¹ Vgl. Paula Diehl, Rechtspopulismus und Demokratie, 2024, 26–31.

¹² Raphael Gritschmeier, Theoretische Grundlagen, in: Sebastian Bukow (Hg.), Populismus – Korrektiv oder Gefahr. Empirische Studien zur Parteienforschung, Wiesbaden 2021, 22.

¹³ Z. B. Cas Mudde, Populist radical right parties in Europe, Cambridge 2007.

¹⁴ Eine Forschungsübersicht bietet z.B. Anna-Sophie Heinze, Zwischen Etablierung und Mainstreaming. Zum Stand der Forschung zu Populismus und Rechtsradikalismus, 2022, 161–175.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass eine Betrachtung des Phänomens Populismus grundsätzlich aus drei Perspektiven erfolgen kann: erstens aus einer ideenorientierten Perspektive, zweitens aus einem diskursanalytischen Verständnis heraus und drittens mithilfe eines sogenannten „komplexen Konzepts“ von Populismus. Jede dieser Herangehensweisen fokussiert dabei auf bestimmte Aspekte des Populismus, die für das Verständnis des Rechtspopulismus von Belang sind. Nach der politikwissenschaftlichen und kommunikationswissenschaftlichen Analyse von Paula Diehl bezeichnet „Rechtspopulismus“ eine politische Ausrichtung, die die formale Logik des Populismus mit inhaltlichen Motiven der (radikal-)rechten Ideologie verschaltet. Diehl arbeitet dabei mit zwei komplementären Zugriffen – einem ideenorientierten und einem diskursanalytischen – und entwickelt daraus einen komplexen Populismusbegriff. Ideenorientiert versteht sie Populismus – im Anschluss an Michael Freedon¹⁵ – als „dünne“ Ideologie: Er stellt einen minimalen Deutungsrahmen bereit, der zentrale Koordinaten (Volk/Elite, moralische Gegenüberstellung, Anspruch auf Volkssouveränität) markiert, ohne deren inhaltliche Füllung selbst zu leisten. In Freedens Kartografie-Metapher entspricht Populismus einer groben Orientierungsskizze; erst eine „dicke“ Trägerideologie definiert, wer zum „authentischen Volk“ zählt, wer als „korrupte Elite“ gilt und wo moralische Grenzlinien verlaufen. In diesem Sinn rekurriert Diehl auch auf Cas Mudde und Cristóbal Rovira Kaltwasser, die als Kernelemente hervorheben: Idealisierung des Volkes, dichotome Gegenüberstellung von Volk und Elite sowie das Primat der Volkssouveränität.¹⁶

Diskursanalytisch – in der Tradition artikulationstheoretischer Ansätze – fasst Diehl Populismus als Praxis, heterogene, bislang unteradressierte Forderungen zu einer Äquivalenzkette zu bündeln und sie als Ausdruck eines übergreifenden Defizits (mangelnde Volkssouveränität) zu deuten. So entsteht eine diskursiv hergestellte „Volks“-Identität. Dieser Zugriff macht die Fluidität und Graduierbarkeit des Phänomens sichtbar: Entscheidend ist weniger ein dichotomes „populistisch/nicht-populistisch“, sondern der Grad populistischer Artikulation. Aus der Kombination beider Perspektiven entwickelt Diehl ein „komplexes“ Konzept des Populismus. Neben der basalen Konfliktgrammatik (Volk vs. Elite, Anspruch auf Volkswillen) nennt sie typische Verstärker: die zentrale Rolle einer charismatischen Führungsfigur, die Delegitimierung vermittelnder Instanzen (Parteien, Medien) und das Narrativ des „betrogenen Volkes“, dem die Führung die Wiederherstellung der Souveränität verheißt. Populismus erscheint dabei als graduelles, kontextsensitives Muster politischer Sinnstiftung.

„Rechtspopulismus“ liegt nach Diehl vor, wenn diese populistische Form mit rechten bzw. rechtsextremen Semantiken gefüllt wird. Das „Volk“ wird dann als einheitlich-homogener,

¹⁵ Vgl. Michael Freedon, *Ideology. A very short introduction*, Oxford 2003.

¹⁶ Vgl. Cas Mudde / Cristóbal Rovira Kaltwasser (Hg.), *Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy*, Cambridge 2012.

häufig ethnisch-kulturell definierter „Körper“ imaginiert, dessen Integrität durch „Fremde“ bedroht sei – ein Motiv, das an rechtsextreme Traditionsbestände (einschließlich faschistischer und nationalsozialistischer Denkfiguren) anschlussfähig ist. Rechtsextreme Ideologien kennzeichnet Diehl durch ein Bündel verzahnter Elemente: aggressiven Nationalismus, Geschichtsrevisionismus, die Vorstellung einer ethnisch homogenen Gemeinschaft, Hierarchisierung von Zugehörigen gegenüber Nichtzugehörigen, Antipluralismus und die Negierung demokratischer Gleichheit, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus sowie geschlechterpolitische Exklusionen (Sexismus, Homophobie, Ablehnung von LGBTQ-Personen). Während Populismus seine Legitimation aus dem Rekurs auf Volkssouveränität bezieht, verweisen rechtsextreme Strömungen eher auf Stärke, Ordnung und Staat. Diehl zeigt, dass durch die Kopplung populistischer Grammatik mit rechtsextremen Sinngehalten eine doppelte Frontstellung entsteht: Zur vertikalen Opposition „Volk vs. Elite“ tritt eine horizontale Grenzziehung „innen vs. außen“ (Eigenes/Fremdes) hinzu. In zugespitzten Varianten wird die Elite beschuldigt, „Fremde“ einzuschleusen oder aus Eigennutz nicht abzuwehren; narrative Figuren eines „Bevölkerungsaustauschs“ verbinden sich dabei mit dem Appell, eine vermeintlich „abendländisch-christliche Kultur“ zu schützen. Wo solche Semantiken offen biologistisch-rassistisch werden, sieht Diehl die Schwelle zum Rechtsextremismus überschritten.

Der Sozialwissenschaftler Klaus Wahl stützt sich in seiner Analyse zu der Struktur des Populismus auf das „populistische Dreieck“ nach Berbuir et al. Im Zentrum steht die Konstruktion des „Volkes“, das im populistischen Diskurs als eine homogene, moralisch integrere Gemeinschaft verstanden wird. Populismus manifestiert sich, wenn dieses Volk im Gegensatz zu einer als korrupt oder illegitim wahrgenommenen „politischen Elite“ positioniert wird. Diese Dichotomie bildet die erste Seite des Dreiecks und beschreibt den zentralen Konflikt zwischen Volk und Elite¹⁷.

Im Kontext des Rechtspopulismus lässt sich eine zusätzliche Dimension der Abgrenzung beobachten: Neben der Ablehnung der Elite richtet sich die populistische Rhetorik auch gegen „Außenseiter“, also Gruppen, die nicht als Teil des eigenen Volkes anerkannt werden, beispielsweise Minderheiten oder kulturell als fremd wahrgenommene Personen. Hierdurch entsteht eine doppelte Frontstellung des „Volkes“ sowohl gegenüber der politischen Elite als auch gegenüber den Außenseitern¹⁸.

Das Modell des populistischen Dreiecks verdeutlicht, dass Populismus im Allgemeinen auf der Opposition zwischen Volk und Elite beruht, während Rechtspopulismus zusätzlich eine exklusive, häufig ethnisch oder kulturell definierte Vorstellung des Volkes betont und zugleich gegen als fremd wahrgenommene Gruppen gerichtet ist.

¹⁷ Vgl. Klaus Wahl, *Die radikale Rechte. Mehr als ein Thema der Politikwissenschaft*, in: Klaus Wahl (Hg.), *Die Radikale Rechte. Biopsychosoziale Wurzeln und Internationale Variationen*, Cham 2023, 7.

¹⁸ Vgl. Klaus Wahl, *Die radikale Rechte. Mehr als ein Thema der Politikwissenschaft*, in: Klaus Wahl (Hg.), *Die Radikale Rechte. Biopsychosoziale Wurzeln und Internationale Variationen*, Cham 2023, 8.

Gleichzeitig arbeitet Paula Diehl die Differenzen zwischen beiden Konzepten heraus: Rechtspopulismus bricht in der Regel nicht frontal mit demokratischen Grundprinzipien, relativiert sie jedoch – etwa indem Gleichheit und universale Menschenrechte nur konditional anerkannt werden. Semantisch weicht er von „Rasse“ auf „Kultur“ und „Identität“ aus; Geschlechterhierarchien werden als „komplementäre Begabungen“ umgedeutet; gefordert werden mitunter segregative Arrangements, die formal mit demokratischen Verfahren kompatibel erscheinen, deren egalitären Gehalt aber aushöhlen. Insgesamt plädiert Diehl dafür, Populismus – und speziell Rechtspopulismus – als graduelles Phänomen zu analysieren und die jeweilige Intensität seiner Elemente und Narrative in den Blick zu nehmen. Ein Faktor, der nach Diehl dazu beiträgt, dass Populismus so erfolgreich ist, besteht in einer systemischen Affinität zwischen der Logik der Massenmedien und der populistischen Kommunikation, wie die folgende Gegenüberstellung besonders verdeutlicht¹⁹:

MASSEN MEDIEN	POPULISMUS
Komplexitätsreduktion	Komplexitätsreduktion
Außergewöhnliches zuerst	Tabubruch und Skandal
Unmittelbarkeit des Geschehens	Unmittelbarkeitsgefühl (Volksmeinung)
Personalisierung von Inhalten	Personalisierung durch die Führerfigur
Emotionalisierung	Emotionalisierung
Dramatisierung	Dramatisierung
Konfliktzuspitzung	Manichäische Struktur
Erzählstruktur	Narrativ des betrogenen Volkes

Paula Diehl folgert daraus, dass politische Akteur*innen, die sich des Populismus bedienen, unabhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung eine höhere Chance haben, Medienaufmerksamkeit zu erzeugen. Dies führt zu einer Wettbewerbsverzerrung zu ihren Gunsten und erzeugt einen Druck auf ihre Konkurrent*innen.

Empirische Untersuchungen verdeutlichen einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Häufigkeit von Mediennennungen zum Thema „Migration und Asyl“ und der öffentlichen Wahrnehmung dieses Themenfeldes als zentrales gesellschaftliches Problem in Deutschland im Zeitraum von 2010 bis 2018. In den Jahren 2010 bis 2013 wiesen sowohl die mediale Berichterstattung als auch die Problemwahrnehmung in der Bevölkerung eine geringe Relevanz auf. Ab 2014 lässt sich jedoch ein deutlicher Anstieg beider Größen beobachten, der 2015 in einem gemeinsamen Höhepunkt gipfelt. In den Folgejahren (2016–2018) nehmen sowohl die Mediennennungen als auch die öffentliche Problemwahrnehmung wieder ab,

¹⁹ Paula Diehl, Rechtspopulismus und Demokratie, 2024, 30.

verbleiben jedoch auf einem höheren Niveau als vor 2014. Insgesamt lässt sich somit eine positive Korrelation zwischen der medialen Thematisierung von Migration und Asyl und der wahrgenommenen gesellschaftlichen Problemrelevanz feststellen²⁰.

Aus demokratiethoretischer Perspektive liegt ein zentrales Risiko des Rechtspopulismus darin, dass im parteipolitischen Wettbewerb nicht nur populistische Stilmittel, sondern auch rechtsextreme Sinngehalte von etablierten Kräften übernommen werden. Über massenmediale Verbreitungsmechanismen kann dies zu einer Verschiebung politischer Normalität und Normen beitragen, sodass auch rechtsextreme Deutungsmuster schrittweise als „normal“ erscheinen. „Normalität“ ist dabei kein statischer Zustand, sondern das Ergebnis fortlaufender Aushandlungsprozesse – geprägt durch Konstruktion, Korrektur, Revision und Bestätigung in Medien, Politik und Gesellschaft. Entsprechend führt erhöhte mediale Aufmerksamkeit für rechtspopulistische Akteur*innen regelmäßig dazu, dass nicht nur populistische Frames, sondern auch damit verbundene rechtsextreme Ideologeme in der Öffentlichkeit zirkulieren und Resonanz finden. In der Forschung ist dieser Normalisierungsprozess am Fall Österreichs eindrücklich beschrieben worden: Bereits früh zeigte sich dort, wie sich die politische Alltagswahrnehmung und die Maßstäbe des „Sagbaren“ verschoben und damit auch gesellschaftliche sowie politische Normen transformiert wurden. Analytisch lässt sich daraus ableiten: Normalisierung setzt ein, wenn Diskurse aus der (extrem-)rechten Peripherie in die gesellschaftliche Mitte vordringen und von etablierten Parteien adaptiert werden. Versuche, rechte Akteure durch Kooperation zu „entzaubern“ oder „einzubinden“, erwiesen sich in Österreich (u.a. bei Wahlen 1999, 2017 & 2024) als wenig wirksam. Wiederholte Regierungsbeteiligungen trugen vielmehr dazu bei, entsprechende Positionen diskursiv salonfähig zu machen. In diesem Kontext wird berichtet, dass Herbert Kickl und Vertreter der ÖVP wiederkehrend auf Angstnarrative setzen, insbesondere im Bereich Asyl und Migration. Forderungen der FPÖ markieren dabei häufig maximalistische Positionen; andere Parteien beteiligen sich zwar an der Debatte, erscheinen aber reaktiv und anschlussfähig an die von der FPÖ gesetzten Themen.

Exemplarisch zeigt sich die Normalisierung rechtspopulistischer Narrativen an der wiederholten Infragestellung der Genfer Flüchtlingskonvention. Angekündigte „Änderungen“ – die sich juristisch nicht umsetzen lassen – werden später als „Weiterentwicklung“ aufgegriffen und in ihrer Schärfe abgeschwächt. Emotional mobilisierte Öffentlichkeiten bevorzugen scheinbar einfache Lösungen; dabei rücken rechtliche und moralische Grenzen immer weiter auseinander. Im europäischen Kontext ist Migration ein zentraler Brennpunkt solcher Verschiebungen. Doch das Paradoxon ist klar: Wer sich dem Druck der Normalisierung unterwirft, riskiert, selbst in die Logik des Rechtspopulismus hineingezogen zu werden. Deshalb ist es richtig, dass diakonische Verbände und Unternehmen die Gefahr dieser Entwicklung erkennen. Wichtig ist nicht nur, Abgrenzungen

²⁰ Vgl. MIDEM, Dresden 2018, 18.

zu ziehen, sondern auch klarzumachen, welche Werte man verteidigt. Die Bratislava-Erklärung von 1994 bleibt hier eine Leitlinie. Sie erinnert an Europas Vision: ein Kontinent, der auf Solidarität, Menschenrechten und demokratischer Gerechtigkeit basiert.

„Glauben Sie mir, Europa wird nicht gelingen, wenn wir uns allein auf juristische Kompetenz und Wirtschaftskraft stützen. Gelingt es uns nicht, Europa eine Seele [...], einen Geist und einen Sinn zu geben, dann sind wir gescheitert“²¹ (Jacques Delors).

Diese Worte von Jacques Delors aus dem Jahr 1990 haben heute eine erschreckende Relevanz. Europa und insbesondere die EU sind mit einer Reihe miteinander verquickter Krisen konfrontiert, die die EU als „Wertegemeinschaft“ vor ernsthafte Herausforderungen stellt. Die Werte, auf denen sie aufbaut – Frieden, Solidarität, Gleichheit, Einheit in Vielfalt, Demokratie, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Freiheit und ökologische Nachhaltigkeit – könnten als Teil einer europäischen Seele verstanden werden. Die Diakonie hat hier eine klare Aufgabe: Nicht nur gegen Rechtspopulismus abzugrenzen, sondern aktiv für ein Miteinander zu stehen, das auf Respekt und Gerechtigkeit basiert. In diakonischen Einrichtungen haben Rassismus, Antisemitismus oder die Verherrlichung des Nationalsozialismus keinen Platz. Und sie hat ein gutes Fundament, um deutlich zu machen, wofür sie positiv steht, nämlich „für ein gewaltfreies, demokratisches Miteinander und die Achtung der Menschenwürde, unabhängig von Nationalität, sozialer Herkunft, religiöser Überzeugung und sexueller Orientierung“²².

Wie kann das konkret aussehen?

1. Politische Arbeit in Brüssel: Die Stimme der Diakonie stärken

Die Diakonie muss in den politischen Prozessen der Europäischen Union eine prägnante Rolle spielen. Die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR) ist ein zentraler Ansatzpunkt. Nur durch eine klare Forderung nach sozialer Sicherheit, Chancengleichheit und dem Schutz der Schwächsten kann der gesellschaftliche Zusammenhalt in Europa gestärkt werden.²³ Eurodiaconia und andere Netzwerke müssen diese Positionen konsequent vertreten – etwa durch Lobbyarbeit, aber auch durch konkrete Projekte, die zeigen, wie soziale Innovation und diakonisches Handeln die Zukunft Europas mitgestalten können.

²¹ Zitiert nach: Church & Society Commission of the Conference of European Churches, European Integration. A way forward, Brüssel 2009, 49.

²² Diakonie Deutschland, Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Eine Handreichung für die Diakonie, Berlin 2024, 12.

²³ Vgl. Eurodiaconia, Statement on La Hulpe Declaration.

2. Gegen den Rechtspopulismus: Haltung zeigen

Gegen den Rechtspopulismus braucht es nicht nur Worte, sondern auch Taten. Intern bedeutet dies: Diakonie-Unternehmen und Einrichtungen müssen klare Spielregeln schaffen, um Mitarbeiter*innen mit (rechts-)populistischen Einstellungen klarzustellen, welche Werte in der Diakonie gelten.²⁴ Extern heißt dies: Mit einer kraftvollen, aber nicht polemischen Stimme für eine offene, demokratische und vielfältige Gesellschaft eintreten. Dabei gilt es, nicht jede Provokation zu beantworten, sondern den Fokus auf die Botschaft zu richten, die die Diakonie trägt: Für ein Europa ohne Hass, ohne Spaltungen, sondern mit Solidarität und Respekt.

3. Europas Seele: Diakonie als Trägerin europäischer Werte

Jacques Delors hatte Recht: Europa braucht nicht nur Recht und Wirtschaft, sondern auch eine ‚Seele‘. Diese Seele kann die Diakonie mittragen – mit ihrem christlichen Grundgebot der Nächstenliebe, mit ihrer Haltung der Inklusion und ihrem Mut zur Differenz. In einer Zeit, in der rechte Narrative versuchen, das Bild Europas zu verzerren, ist Diakonie aufgefordert, ein Zeichen zu setzen: für ein Europa, das sich nicht an Angst, sondern an Hoffnung orientiert.

Zum Abschluss

Europa ist kein selbstverständlicher Zustand, sondern ein Projekt, das auf Austausch, Miteinander und Mut zur Gemeinschaft beruht. Die Diakonie hat seit jeher die Aufgabe, diese Gemeinschaft zu schützen, zu stärken und zu erneuern. Wie Theodor Strohm und viele andere gezeigt haben, ist die Auseinandersetzung um soziale Gerechtigkeit ein unverzichtbarer Teil der europäischen Geschichte. Heute brauchen wir diese Kraft mehr denn je. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Europa nicht nur ein wirtschaftlicher und politischer Raum bleibt, sondern auch ein Ort wird, an dem Werte wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität lebendig werden – und in dem die Diakonie ihren Platz als eine Stimme der Hoffnung und des Miteinanders einnimmt.

„Europa wird nicht gelingen, wenn wir uns allein auf juristische Kompetenz und Wirtschaftskraft stützen. Gelingt es uns nicht, Europa eine Seele [...], einen Geist und einen Sinn zu geben, dann sind wir gescheitert.“

²⁴ Exemplarisch weise ich auf diese Handreichung hin: Diakonie Mitteldeutschland, Grundsätze und Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AFD und anderen rechtsextremen und rechtspopulistischen Organisationen, 2024. Das Online-Portal der Kampagne „Zusammenstreiten“ des Diakonischen Werkes Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz bietet viele weitere praktische Anregungen: <https://www.diakonie-portal.de/aktuelles/zusammenstreiten>.

Literatur

- René Bocksch: Wie stark ist die extrem Rechte in Deutschland. Statista, 2025. Online unter: <https://de.statista.com/infografik/31323/stimmanteile-der-staerksten--extrem--rechten-parteien-in-ausgewaehlten-laendern-bei-den-letzten-parlamentswahlen/> (Zugriff am 29.10.2025).
- Mathias Brandt: Vertrauen Sie der EU? Statista, 2024. Online unter: <https://de.statista.com/infografik/31645/umfrage-zum-vertrauen-in-die-europaeischen-union-in-deutschland/> (Zugriff am 29.10.2025).
- Heinz Bude: Das Europa der gemeinsamen Probleme. in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), Europa. Ein Versprechen. Thema 1/2024. Online unter: <https://www.boell.de/de/2024/03/26/das-europa-der-gemeinsamen-probleme> (Zugriff am 29.10.2025).
- Church & Society Commission of the Conference of European Churches: European Integration. A way forward. Brüssel 2009.
- Diakonie Deutschland: Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Eine Handreichung für die Diakonie. Berlin 2024.
- Diakonie Mitteldeutschland: Grundsätze und Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AFD und anderen rechtsextremen und rechtspopulistischen Organisationen. 2024. Online unter: <https://app.diakonie-mitteldeutschland.de/da/profiles/49cc7c60812c/editions/8982fbd66666df88d51c/pages> (Zugriff am 30.10.2025).
- Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz: Online-Portal der Kampagne 'Zusammenstreiten'. Online unter: <https://www.diakonie-portal.de/aktuelles/zusammenstreiten> (Zugriff am 29.10.2025).
- Paula Diehl: Rechtspopulismus und Demokratie. Aus Politik und Zeitgeschichte 27 (2024). 26–31.
- Gøsta Esping-Andersen: The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge 1990.
- Eurodiaconia: Statement on La Hulpe Declaration, Online unter: <https://www.eurodiaconia.org/eurodiaconia-statement-on-la-hulpe-declaration> (Zugriff am 30.10.2025).
- Europäische Kommission: Wie sehr vertrauen Sie der Europäischen Union? Statista, 2024. Online unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/271035/umfrage/allgemeines-vertrauen-in-die-deutsche-regierung/> (Zugriff am 29.10.2025).
- Michael Freeden: Ideology. A Very Short Introduction. Oxford 2003.

- Raphael Gritschmeier: Theoretische Grundlage. in: Sebastian Bukow (Hg.), Populismus – Korrektiv oder Gefahr. Funktionsspektrum und politische Bedeutung in demokratischen Systemen. Wiesbaden 2021. 21–80. https://doi.org/10.1007/978-3-658-35901-0_2.
- Anna-Sophie Heinze: Zwischen Etablierung und Mainstreaming. Zum Stand der Forschung zu Populismus und Rechtsradikalismus. Zeitschrift für Vergleichende und Politikwissenschaft 16 (2022). 161–175. <https://doi.org/10.1007/s12286-022-00517-9>.
- Knut Ipsen: Soziale Dienstleistungen und EG-Recht. Auswirkungen des Europäischen Gemeinschaftsrechts auf die mitgliedstaatliche Förderung sozialer Dienstleistungen im Bereich der Freien Wohlfahrt. Berlin 1997.
- Konferenz Europäischer Kirchen: Bratislava-Erklärung – Auf dem Weg zu einer Vision von Diakonie in Europa. Eine Einladung zur Teilnahme an dem Prozess des Handelns und Nachdenkens. 2007. Online unter: <https://diadakt.wordpress.com/wp-content/uploads/2007/04/bratislava-erklarung.pdf> (Zugriff am 29.11.2025).
- Konferenz europäischer Kirchen: Die Bratislava-Erklärung – Auf dem Weg zu einer Vision von Diakonie in Europa. Eine Einladung zur Teilnahme an dem Prozeß des Handelns und Nachdenkens. in: Theodor Strohm (Hg.), Diakonie an der Schwelle im neuen Jahrtausend. Ökumenische Beiträge zur weltweiten und interdisziplinären Verständigung. VDWI 12. Heidelberg 2000. 542–547.
- Udo Krolzik: Theologie der Diakonie im europäischen Horizont. Brüssel 2014. Online unter: http://international-conference-diaconia.eu/fileadmin/proto_mv/theologie-der-diakonie-im-europaeischen-horizont-und-protokoll-mv-2014.pdf (Zugriff am 29.10.2025).
- Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM): Jahresbericht 2018. Migration und Populismus. Dresden 2018.
- Cas Mudde/Cristóbal Rovira Kaltwasser (Hg.): Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy? Cambridge 2012. <https://doi.org/10.1017/CBO9781139152365>.
- Cas Mudde: Populist Radical Right Parties in Europe. Cambridge 2007. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511492037>.
- Statista: Stimmenanteile rechtspopulistischer Parteien bei den letzten Wahlen in ausgewählten europäischen Ländern bis 2025, 2025. Online unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/941937/umfrage/stimmenanteile-rechtspopulistischer-parteien-in-europa/> (Zugriff am 05.11.2025).
- Klaus Wahl: Die radikale Rechte. Mehr als ein Thema der Politikwissenschaft. in: Klaus Wahl (Hg.), Die Radikale Rechte. Biopsychosoziale Wurzeln und Internationale Variationen. Cham 2023. https://doi.org/10.1007/978-3-031-23577-1_1.
- Marvin Zubrod: Demokratie ist nicht gottgegeben. Frankfurter Allgemeine Zeitung 231 (2024). 4.